

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 80.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.— 6. Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 81069. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8897.

Freitag, 27. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzelle ober deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 250 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Retrairie: Die Millimeterzelle 9 gespalten ober deren Raum im Text 30.— M.

Der Reichstag vertagt — die Krise verschärft.

Der Reichstag hat den Brotwucher beschlossen. Der Vorschlag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf Verbilligung des Weizen für Umlagegetreide für das erste Drittel der Ableserung wurde von der bürgerlichen Mehrheit angenommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte zwar gegen den Antrag, aber trotz der vorherigen großen Worte und heroischen Entschlüsse hat sie aus der Annahme des Brotwuchers keine politischen Konsequenzen gezogen. Sie hat durch ihre Haltung in dieser Lebensfrage für die Reichsregierung die Verantwortung bis zum Jahre 1925 erlaßt. Die Verlängerung der Amtsdauer Weizsäckers, die auf dem „demokratischen“ Wege der deutschen Demokratie vorgenommen wurde, werden die heutigen Arbeiter durch verstärktes Hungern bezahlen müssen. Die WPD ist in der Umlagefrage genau so vor den bürgerlichen Parteien, vor dem Agrarkapital zurückgewichen wie in der Frage der Präsidentenwahl vor der Schwerindustrie. Keine 14 Tage sind es her, daß der „Vorwärts“ ausrief: „Die Sozialdemokratie halte unbedingt an der Wahl Eberts am 3. Dezember durch die gesamte Wählerschaft des Reiches fest!“ Die Beschlüsse und scharfen Worte sind ebenso wie gegen die Erhöhung des Brotpreises so auch in der Präsidentenfrage nur Demonstrationen mit hohlen Phrasen geblieben.

Durch die Verlängerung der Amtsdauer Eberts, durch die Annahme der Getreidepreiserhöhung ist aber die schwere Krise nicht behoben.

Die Mehrheitsparteien sehen sich genötigt, den Reichstag so schnell als möglich zu schließen und zu vertagen, um hinter den Kulissen den Kuhhandel zwischen den einzelnen Parteien weiterzuführen und ein neues Kompromiß zustande zu bringen. Die Annahme der Umlagepreiserhöhung genügt den Junkern nicht. Sie verlangen weit höhere Preise und eine Herabsetzung der Umlagemenge auf die Hälfte. Solange dies nicht durchgeführt ist, liefern sie trotz der erhöhten Preise so gut wie gar nichts ab. Die Koalitionsregierung steht daher vor der Tatsache, daß sie die notdürftigste Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht durchführen kann. Die Brotpreiserhöhung aber bringt eine neue ungeheure Senkung, eine neue Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, neue Arbeitsentstellungen und erhöhte Arbeitslosigkeit.

Das Heilmittel der Sozialdemokratie gegen den Marktsturz, die Devisenverordnung, hat vollkommen versagt.

Die Kapitalisten sind zum Angriff übergegangen, und die Sozialdemokraten sind bei der Verteidigung ihrer schwächlichen und unwirksamen Verordnung in schwerer Bedrängnis. Die Kapitalisten sorgen dafür, daß statt einer Verschärfung und Erweiterung der Verordnung bestenfalls die Verordnung noch weiter eingeschränkt und abgeschwächt bestehen bleibt. Aber die Sozialdemokraten haben auch bereits ihre Devisenverordnung aufgegeben, sie sind einverstanden mit ihrer Aufhebung und dem Erlaß eines Gesetzes gegen die Devisenspekulation und Verdrängung der Markt im inländischen Zahlungsvorkehr. Dieses neue Gesetz wird infolgedessen noch eine weitere Abschwächung der ungenügenden Maßnahmen mit sich bringen, als die Fakturierung in Dollarn den Importeuren wieder gestattet wird. Die Kapitalisten werden mit einer Verordnung oder einem Gesetz einverstanden sein, das die Außenländer, den „illegitimen“ Handel, ausschaltet und das Geld den ehrbaren Kapitalisten überläßt. Von den Goldschätzknechten, die noch vor wenigen Tagen als unbedingt notwendig von der Sozialdemokratie hingestellt wurden, hört man weniger, man weiß, weil Habentem und Hermes dafür nicht zu haben waren. Dagegen besteht ein neuer Plan, 50 Goldmillionen der Reichsbank zu einer „Stützungsaktion“ für die Markt zu verwenden. Wie sich im einzelnen diese Stützungsaktion abspielen soll, ob das umlaufende Geld im Verhältnis 1:1000 im Werte herabgesetzt werden soll, oder ob es eine andere Weise, darüber wird noch nichts mitgeteilt. Wer auf jeden Fall bedeutet dieser wahnwitzige Plan die Opferung eines Drittels des letzten Goldschatzes?

Ein Geschenk dieser 50 Millionen Goldmark an die Kapitalisten. Für die Arbeiterschaft steht fest, daß der Goldschatz der Reichsbank nur angegriffen werden darf, wenn die Ernährung und die Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft im Notfall sichergestellt werden muß.

In der Außenpolitik ist das Kabinett Wirth-Bauer am Ende seines Rates. Die Erfüllungspolitik ist so sehr anfernt, daß nicht nur die Reparationszahlungen, sondern auch die Sachleistungen nicht weiter geleistet werden können. Die Sachleistungen nach dem Programm von Cannes erfordern dem heutigen Stand der Markt jährlich 1400 Milliarden Papiermark, die das Reich, dessen ordentlicher Haushalt schon mit 120 Milliarden Defizit belastet ist, nicht aufzubringen imstande ist. Der erste Schritt zu dieser Antwort, die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit, hat mit sich gebracht, daß Stinnes die Regelung der Reparationsfrage in die Hand genommen hat, daß der Weg zum französischen Montantrust geebnet wurde und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands verloren ging.

Der vollkommene Bruch der Heimbürgerlichen Erfüllungspolitik

bedeutet die Auslieferung der gesamten Macht in die Schwerindustrie, an Stinnes, bedeutet die unbedingte Notwendigkeit der Großen Koalition unter dem ausschlaggebenden Einfluß der deutschen Volkspartei. Je mehr die Regierung die Verhandlungen gegen die Devisenspekulation unter dem Einfluß der Kapitalisten einzuschränken genötigt ist, um mehr gibt sie der Reparationskommission, dem französischen Schwerekapital, die Möglichkeit, neue Kontrollmaßnahmen zu fordern und durchzuführen.

Scheinopposition der WPD.

Es ist die zwölfte Stunde. Findet sich jetzt nicht die Regierung zu entscheidenden Taten bereit, läßt sie sich jetzt befangen machen, von denen, die ihren Besitz in Dollar angelegt haben und die Papiermarkt dem Ruin preisgeben wollen, so verdient sie den Namen einer Volksregierung nicht mehr, und sie wird offen die Unterstützung bei denen suchen müssen, deren volksfeindliche Interessen sie mit einem Gehelassen der Dinge Vorschub leistet — so schrieb der „Vorwärts“ am Sonntag. Es mag viele gutgläubige Arbeiter gegeben haben, die erwarteten, das Versprechen von Nürnberg werde nun wahr gemacht werden. Jetzt werde die große mächtige Sozialdemokratie mit ihren 180 Abgeordneten den Kampf gegen das Elend der Arbeiter eröffnen.

Wie hat die Sozialdemokratie den Kampf eröffnet? Gestern, zwei Tage nach der zwölften Stunde, nachdem die Sozialdemokraten zwei Tage lang mit der zwölften Stunde und mit dem Austritt aus der Koalition gedroht haben, vertagte sich der Reichstag. Nachdem er die Stabilisierung des Reichspräsidenten und die vierfache Erhöhung des Umlagegetreides beschlossen hat, geht er mit Einverständnis der Sozialdemokraten für zwei Wochen auseinander. „Die Krise ist vertagt“, schreibt gemächlich der „Vorwärts“. Die Sozialdemokratie proklamiert die Vertagung der zwölften Stunde.

Der Dollar über 4000 — wie hoch wird er stehen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt? — die Preise steigen fast noch schneller als die Sozialdemokraten kapitulieren, Brotwucher, blühende Spekulation, trotz Verordnungen gegen die Spekulation, Angriff auf den Achtstundentag, drohende Finanzkontrolle — die „Vertretung des Volkes“ vertagt sich.

„Es lebe die Republik!“ — ruft heute der „Vorwärts“. Zu der Zeit, die Stinnes, die Banken, die Junker, die legitimen und illegitimen Wucherer, sie können leben. Für sie ist, dank der Sozialdemokraten, noch keine zwölfte Stunde angebrochen. Die verelendeten Arbeiter und Mittelschichten werden ohne Zweifel in den Ruf des „Vorwärts“ einstimmen, während der Lohn nicht mehr ausreicht, um auch nur das Allernotwendigste zu kaufen. Die Arbeiter werden sich trösten: Stinnes lebt, die Banken leben, die Junker leben und einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten haben wir auch.

Mit der Redensart „Es lebe die Republik“, jene Republik, die die Arbeiter nicht leben läßt, endet die Aktion der Sozialdemokraten. Ironisch schreibt die „WZ.“: „Die Sozialdemokraten waren schließlich verständig genug, ihre Aktion als starke Geste auszulassen“

Die Koalitionsregierung setzt schon vollkommen in dem Fahrwasser der Schwerindustrie. Der wichtige Programmpunkt, über den sich der Reichskanzler mit den Parteiführern einigen will, ist die „freiwillige Hebung der Produktion“. Das ist das Programm der Thyssen und Stinnes.

Die Aufhebung des Achtstundentages.

„Freiwillig“ haben die Bergarbeiter durch den Betrug der Gewerkschaftsführer: das Ueberschichtenabkommen aufgezogen erhalten. „Freiwillig“ sollen die Arbeiter jetzt in der gesamten Industrie die Arbeitszeit verlängern, den Achtstundentag aufheben lassen, damit ein Teil der Arbeiterschaft bei schwerer und langer Arbeit und Hunger zugrunde geht, während ein anderer Teil arbeitslos wird.

Angeichts des Zusammenbruchs der Politik der Koalitionsregierung auf jedem Gebiet hat die WPD eine neue Parole herausgegeben: Die Erfassung der inländischen Lebensmittel. „Wie die Lebensmittel erfaßt werden sollen, das bleibt im Unklaren. Aber die Gelegenheit, die sich bei der Annahme des Brotwuchers im Reichstag der WPD bot, durch ihren Austritt aus der Koalitionsregierung sich die Hände zum Kampf für diese Forderung freizumachen, wurde nicht ausgenutzt. Die WPD und die Gewerkschaften haben die Bewegung der Arbeitermassen aufzuhalten, vor einem Jahre in die Arbeiterschaft das Schlagwort der Erfassung der Sachwerte geworfen, sie wollen jetzt wieder die Arbeiter durch das Schlagwort „Erfassung der Lebensmittel“ täuschen. Die Arbeiterschaft weiß, daß die Erfassung der Lebensmittel nur möglich ist durch

Selbsthilfe, durch proletarische Organe,

durch Kontrolle der Industriearbeiterschaft mit Hilfe der Landarbeiter und Kleinbauern. Die Arbeiterschaft weiß, daß über die Erfassung der Lebensmittel hinaus die Kontrolle der Produktion nötig ist, um die Betriebsbeschränkungen und die Arbeitslosigkeit, die infolge der kapitalistischen Wirtschaftspolitik eintreten, aufzuhalten. Die Arbeiter wissen, daß die Lebensmittelversorgung nur sichergestellt werden kann durch eine Regierung der Arbeiterschaft, die keine Rücksicht auf kapitalistische Interessen nimmt, sondern bereit ist, den Kampf für die Vertretung der proletarischen Interessen auf-

zu lassen. Von einer Koalitions- und Regierungskrise ist im Augenblick nicht mehr die Rede. Aber wer genau hinzöhrte, der konnte gleich ahnen, daß die Sozialdemokraten die Frage der Getreideumlage nicht zum Anlaß nehmen würden, eine wirkliche Krise heraufzubeschwören.“

Die Arbeiterschaft braucht heute nicht mehr „genau“ hinzuhören, um zu wissen, was sich abspielt: die Verwirklichung der großen Koalition. Stinnes ist nicht der Mann, der ohne Gegengabe Ebert Reichspräsident werden läßt. Hat sich gestern im Reichstag die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten vollzogen, so werden die zwei Wochen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags nicht mit dem Kampf gegen die Verelendung der Arbeiter ausgefüllt sein, sondern mit der Etablierung der Sekretäre des Herrn Stinnes in die Regierung. Die „WZ“ das Leitblatt des Herrn Stinnes, schreibt: „Eine Umbildung der Regierungskoalition und des Reichskabinetts wird in gewissem Umfang bald notwendig sein. Aber sie soll ohne Kräftegeräusche vor sich gehen und keine Erschütterung, sondern vielmehr eine Stärkung und Befestigung der innenpolitischen Zustände des Reiches zur Folge haben.“ Die Arbeiter haben dabei einen weiteren Trost. Mit Hilfe von Stinnes und den Sozialdemokraten wird die Republik noch weiter „gestärkt“ werden.

Die Arbeiterschaft, von der großen mächtigen Sozialdemokratischen Partei und von den Gewerkschaften im Stiche gelassen, darf dieser Republik gegenüber, die sie nicht leben läßt, keine Gnade walten lassen. Ihr Kampf gegen die Bourgeoisie, ihren sozialdemokratischen Helfershelfer, ist ein Kampf um das nackte Leben. Die Bewegung zur Selbsthilfe der Arbeiterschaft hat breite Ausdehnung gewonnen. Aber sie genügt noch nicht. Noch hat sie nicht die Stärke erreicht, die notwendig ist, um reale Erfolge für das Proletariat zu erzielen. Noch sind tausende Fabriken, noch hunderttausende Arbeiter zu mobilisieren. Noch hat die Arbeiterschaft sich lokal durch ihre Organe realen Einfluß zu sichern. Der Reichsbertriebsratskongreß, der in einigen Wochen zusammentritt, wird mustern, wie groß die Arbeiterschichten sind und wie kampfbereit die Arbeiterschichten sind, die sich in der Bewegung zur Selbsthilfe gesammelt haben. Von der Stärke dieser Bewegung hängt es ab, wie weit die Arbeiterschaft vorstößen kann. Die Kommunistische Partei, die einzige Partei des Proletariats, die rücksichtslos die proletarischen Klasseninteressen vertritt, wird ihre ganze Kraft aufbieten, um mit den breiten Arbeitermassen den Kampf gegen das Elend erfolgreich zu führen.

zunehmen. Die Arbeiterschaft wird den Weg, den sie beschritten hat, weitergehen und durch den Kampf mit allen Mitteln das erzwingen, was eine Koalitionsregierung, was die Sozialdemokratie infolge der Rücksichtnahme auf die Kapitalisten nicht durchsetzen kann.

Waffen der Reaktion in Halle.

Durch die Hallenser Polizei wurde in dem Hause Königstr. 56 ein Waffenlager der monarchistischen Konterrevolution ausgehoben. In sechs schweren Kisten und einer Menge kleinerer Kartons wurden 200 Gewehre und über 10000 Schuß Infanteriemunition gefunden. Ein Eisenbahnsekretär a. D., der in die Angelegenheit verwickelt war, wurde verhaftet, ist aber bereits wieder entlassen.

Natürlich! Es handelt sich ja auch nicht um einen kommunistischen Arbeiter, der gegen einen Orgeß-Aufmarsch demonstriert, sondern um einen Monarchisten, der Waffen zur blutigen Niederschlagung der Arbeiterschaft bereitstellt.

Geht die Ebert-Republik weiter so milde gegen die bewaffneten Konterrevolutionäre vor, dann ist bald wieder ein zweiter Kapp-Putsch fällig.

Das Ausland soll helfen!

Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger des Auslandes nach Berlin eingeladen, um mit ihnen darüber zu beraten, welche Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Beratungen werden, wie wir erfahren, in Kürze stattfinden.

Die Reichsregierung scheint also wenig Vertrauen zu Hilferding und Komforten zu haben.

## Finanzkontrolle mit deutscher Einwilligung.

"Welt Journal" glaubt, der Beschluß der Reparationskommission, nach Berlin zu reisen, stelle ein Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Anschauung dar und sei daher als gutes Vorzeichen zu betrachten. Die von Frankreich geforderte strenge Finanzkontrolle würde in gewissem (1) Maße (1) die Handlungsfreiheit der Berliner Regierung einschränken. Englands Delegierte waren bereit, einen Versuch zu machen, meinten aber, daß er gegen den Willen Deutschlands nicht ausführbar sei, da er dem Versailler Vertrag und den Londoner Bestimmungen von 1921 zuwiderlaufen würde, die beide eine Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten ausschließen. Barthou erklärte, die fortgesetzten Verfehlungen Deutschlands rechtfertigten neue Garantienmaßnahmen vollaus. Frankreich Verhandlungen über diese Kontrolle mit Bradbury äußerte, wir nehmen die Kontrolle an, wenn Deutschland zustimmt.

## Der Fehler der Rathenau-Mörder freigesprochen.

Im Prozeß gegen Dr. Stein und Dietrich wegen Begünstigung der Rathenau-Mörder hat der Staatsgerichtshof das Urteil gefällt. Der Angeklagte Dr. Stein wurde freigesprochen, der Angeklagte Dietrich wegen Vergehens gegen Paragraph 5, Ziffer 1, der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 wegen Begünstigung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt; ein Monat der Strafe wird auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Reichsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt. In der Urteilsbegründung wurde ausgesprochen, daß sich die Verdachtsgründe gegen Stein nicht bestätigten. Dietrich wurde mildernd angerechnet, daß seine Begünstigung der Kameradschaftlichkeit entsprang; andererseits handelte es sich um die Begünstigung feiger Mordmörder, die entsprechende Sühne finden mußte.

Der Besitzer der Burg Saaleck, der den Rathenau-Mördern Unterschlupf gewährt hatte, wird freigesprochen, weil er sich darauf herausredet, die Mörder hätten den Sturm der Burg am Bismarckplatz erklettert. Wann hätte ein bürgerliches Gericht je einem Arbeiter eine solche Ausrede geglaubt.

Dietrich, der die Mörder mit Anzügen versorgt, bekommt nur einige Monate Gefängnis, weil er aus Kameradschaftlichkeit gehandelt hat. Eine Arbeiterin, die während der Kämpfe in Mitteldeutschland aus Kameradschaftlichkeit für kämpfende Arbeiter Samariterdienste leistete, bekam fünf Jahre Zuchthaus.

## Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Die Ausgaben für die Lebenshaltung eines Ehepaars mit zwei Kindern betragen wöchentlich:

Anfang Juli	2328,65 Mark
Anfang August	3417,78 Mark
Anfang September	7249,62 Mark
Anfang Oktober	9344,14 Mark
17. u. 23. Oktober	12953,73 Mark

Innerhalb von nicht ganz 5 Monaten ist das proletarische Existenzminimum um 455 Prozent gestiegen, d. h. die Kosten für die Lebenshaltung haben sich um mehr als das 4,5fache verteuert.

Die Ausgaben für Nahrung von 1360,96 Mark Anfang Juli auf 7646,05 Mark 17. bis 23. Oktober. Die Ausgaben für Kleidung, Heizung, Wohnung, Jahrgeld, Beleuchtung usw. von 795,19 Mark Anfang Juli auf 4348,14 Mark 17. bis 23. Oktober. Während sich die Ausgaben für Nahrung um das 462fache seit Anfang Juli verteuert haben, sind die Kosten für alle übrigen lebensnotwendigen Ausgaben „nur“ um das 499fache gestiegen.

## Stürmischer Preisaufstieg.

Mit großen Sprüngen wie, geheftes Bild, so jagen die Preise weiter. Schneller als der Statistiker notieren kann, folgen die Preiserhöhungen. Die Preisstatistik von gestern ist durch die Preiserhöhung von heute früh und heute mittag schon längst wieder überholt. Sie hat daher immer nur den Wert eines Vergleichsmittelmaßes. Das gilt auch für die nachstehenden Indizes für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober. Ergibt man die Preise des Jahres 1913 gleich, dann ergeben sich für jetzt folgende Ziffern:

Kohle, Eisen, Metalle, Brennstoffe, Oel	590,09
Getreide, Hülsen, Felle, Leder, Gummi	779,64
Getreide, Mehl, Kartoffeln, Düngemittel	528,54
Fleisch, Fisch, Fett, Milch, Zucker und andere Nahrungsmittel	367,23
<b>Gesamtindex</b>	<b>566,22</b>

Demnach ergibt sich im Gesamtindex für die Preise im Großhandel eine Verteuerung um das 566fache. Die Steigerung der Löhne und Gehälter dagegen hält sich in den Grenzen des 100 bis 150fachen.

## Ein Goldstück 10 000,— Mark.

Das Reich zahlt in der laufenden Woche für ein Zwangsanleihe 10 000,— Mark für ein Zehnmachtstück 5 000,— Mark. Für Silberanleihen gibt es das 250fache des Nennwertes. Auch dem Preis für Gold berechnete, daß ein Arbeiter oder Angestellter, der vor dem Krieg einen Stundenlohn von 0,70 Mark erzielte, nun 350,— Mark für die Stunde, gleich 2450,— Mark pro Tag und 14700,— Mark für die Woche bekommt.

## Werft die kapitalistischen und sozialpatriotischen Zeitungen aus Euren Wohnungen!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, der begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Wilhelm Liebknecht.

Darum leset die kommunistische Presse und werbet neue Leser und Abonnenten!

## Dittmann über Ebert.

Im „Klassenkampf“ gräbt Georg Ledebour eine jetzt sehr aktuelle Erinnerung an die Rolle aus, die Ebert seinerzeit beim Angriff auf die Matrosen im Marfall gespielt hat. Die Mitschuld Eberts an den blutigen Vorgängen im Dezember 1918 ist im Ledebourprozeß seinerzeit aufgedeckt worden und zwar durch denselben Wilhelm Dittmann, der gestern mit dem gesamten Präsidium des Reichstags den Ebert aufs neue als Präsidenten der Deutschen Republik begrüßte.

Die eidlichen Angaben Dittmanns ergaben, daß Ebert, Landsberg und Scheidemann, unter Durchbrechung einer vereinbarten Waffentruhe, den Angriff auf die Matrosen angeordnet haben, daß sie diese Anordnung hinter dem Rücken der unabhängigen Volksbeauftragten widerrechtlich getroffen haben und daß sie nachher schwindelten, sie müßten nicht, auf welche Weise der Angriff zustande gekommen sei.

Dieser Ebert ist von 80 früheren Unabhängigen auf weitere drei Jahre zum Reichspräsidenten gewählt und von Herrn Dittmann selbst begrüßt worden!

## Herr Ludendorff und die monarchistischen Knochen.

Der Pariser Korrespondent der New-York „World“ hatte in München mit dem General Ludendorff eine Unterredung, in der er nebst einigen Ludendorffischen „Weisheiten“ über Deutschlands Orgeß sagte: „Das deutsche Volk ist monarchistisch bis in die Knochen. Die Monarchie wird wiederkommen, ohne daß ich sagen könnte, wann und wie.“

Die Republik, die sich die Knochen von der Reaktion zerbrechen läßt, statt ihr die Knochen zu zerbrechen, tut freilich alles, um der Monarchie die Wiederkehr zu erleichtern.

## Schleifische Rundschau.

### Das Gesicht der herrschenden Klasse.

Noch immer herrscht in der deutschen Republik die Klasse der Kapitalisten. Ja, sie liegt in der Zeit sozialdemokratischer Ministerämter tiefer, denn je im Sattel. In den Zeiten der sogenannten Demokratie, die sich zur Bereinigung der Arbeiter vornehmlich eignet, geht sie brutal wie nie zuvor auf die Proleten auf. Sie kann es wagen, heute rückwärts Berg von proletarischer Anspannung, denn die Sozialdemokraten helfen mit, das „Volk“ zu beruhigen und abzurufen.

Die Zahl der Opfer, die das Kapital alljährlich fordert, ist in dem Maße gestiegen. Wir erinnern nur an die zahllosen Verurteilungen, besonders in Brasilien. Sie werden in der Regel dadurch hervorgerufen, daß die Kapitalisten die Arbeiter gegen den Betrieb in gewissermaßen zu halten und für die nötigen Schutzmaßnahmen zu sorgen. Daneben geben zahllose Prokuren an Interessenten zugrunde, weil sie nicht das zum Leben Notwendige kaufen können. Und viele andere werden vom Stand in den Tod getrieben. Es bedarf nicht der Klassenkämpfe des Proletariats in der „freien Republik“. Nur ein kleines Beispiel wollen wir heute geben, wie in der Ebert-Republik Proleten von ihren Schindern behandelt werden:

Der Leipziger Arbeiter Diefelt war bei der Firma Göbber-Gründer in Schkeibitz beschäftigt und bekam einen Stundenlohn von 22 Mark Mitte September. Er ging zu Herrn Göbber und bat, ihm eine Zulage zu geben. Dieser erklärte dem Arbeiter, er könne ihm nicht mehr Lohn zahlen und wolle ihn am liebsten entlassen. Dies erklärte er nunmehr Diefelt schon 40 Jahre bei derselben Firma beschäftigt ist. Durch dieses Verhalten des Göbber wurde der Arbeiter denartigt zur Verzweiflung gebracht. Was hätte er freilich auch auf der Welt geollt? Mit 22 Mark Stundenlohn konnte er doch nicht leben. Der jetzige Arbeiter hat aber Mühe genug mit „seinem Arbeiter“. Er läßt nach dessen Tod ins Scheitern ein Jaerent einsehen, in dem es heißt: „Er hat als treuer, ausdauernder Arbeiter seiner Firma und hat mit mir schwere und fruchtbringende Zeiten durchgemacht.“ Das ist das wahre Gesicht der herrschenden Bourgeoisie. So sieht es aus, gesichert und gepflegt von den sozialdemokratischen Schemen.

## Oberstelektische Wähler! Sichert Euch Wahlrecht!

Vom 22. Oktober bis 4. November liegen die Wählerlisten aus! Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen die Listen einsehen und sich überzeugen, daß ihre Namen in den Listen eingetragen sind.

Wer nicht eingetragen ist, erhebe sofort Einspruch und beantrage seine Eintragung.

Die Wählerlisten können auch für mehrere Personen eingesehen werden!

Veräume niemand, sich sein Wahlrecht zu sichern! Bei den letzten Wahlen gingen tausende Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Wahlrechtes verlustig, weil sie nicht in den Listen eingetragen waren.

Wer durch Saumseligkeit und Bequemlichkeit sich sein Wahlrecht stehlen läßt, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und unterstützt die Reaktion!

## Sie haben sich wieder „geeinigt“.

Der große Krach in der USPD, über den wir kürzlich berichteten, ist durch die Diplomaten der Partei noch einmal geschlichtet worden.

An Stelle des Herrn Nowak, der für die frühere USPD an dritter Stelle kandidiert, ist Herr Lichtenstein, der bisherige Reichstagsabgeordnete der USPD, getreten. Herr Lichtenstein steht an dritter Stelle, und seine Aussichten, wieder in den Reichstag zu ziehen, sind gering.

Ueberhaupt ist die ehemalige ober-schleifische USPD, die bei den letzten Wahlen 2 Mandate, eines für den Reichstag und eines für den Landtag gewann, von den Parteibrüdern recht stiefmütterlich behandelt worden. Sie wird leer ausgehen, während die SPD ihre Mandate retten wird.

Auch die Kandidatenaufstellung beweist die Richtigkeit unserer Behauptung, daß es sich nicht um eine Verschmelzung von zwei Parteien, bei der jede ihre Grundzüge wahr, sondern um einen Uebertritt der USPD zu den Mehrheitssozialisten handelt.

Und die ober-schleifische USPD hat nach anfänglichem Sträuben bedingungslos kapituliert.

Man hat die Durchfallskandidaten gewechselt, um eine Konzession vorzutauschen. Im übrigen bleiben die Rechtssozialisten Krampf. Das ganze nennt man „Einigung“.

## Versteckte Waffen.

Es wird gemeldet, daß bei dem Heinzelschen Brande in Michelsdorf eine ganze Kiste neueste Militärmunition gefunden wurde, desgleichen einige Brownings und ein Militärgewehr. Die Sachen waren in Betten versteckt und im Kontor der Firma untergebracht. Ein Buchhalter der Firma hat sich bald nach dem Brande bei der Feuerwehr erkundigt, ob denn keine Jagdmunition gefunden worden sei. Dabei konnte sich jedes Kind an den wie gesät um die Brandstelle herumliegenden Patronen überzeugen, daß es sich um Kupfer-Stahlmantelgeschosse S 6,7 handelt, die zum Militärgewehr Modell 98 gehören. Es tut dringend not, daß hier restlos alles aufgedeckt wird!

Werden die Behörden eine Untersuchung über Herkunft und Verwendungszweck dieser Waffen und Munition anstrengen?

## Aus der Versammlungstätigkeit.

### Ober-Beilan.

In der am 19. Oktober im Gasthof zum schwarzen Bär stattgefundenen Versammlung sprach Genosse Gräf über das Thema: „Der Bankrott Deutschlands und die Aufgaben der Arbeiterklasse.“ Genosse Gräf schilderte die Ursache des Bankrotts durch den langjährigen Krieg, der über die Arbeiterschaft unendliches Elend gebracht hat. Nun sollen ihn die Arbeiter noch bezahlen. Genosse Gräf ging auch auf das Kohlenabkommen ein und zeigte an Hand von Beispielen, wie auch die Kohle beschaffen wird. Die Arbeiter können ja frieren. Die Gewerkschafts- und SPD-Führer samt der Regierung sind die Ergebeenen des Kapitals. Sie treffen nur Maßnahmen gegen Arbeiter. (Arbeitsrecht, Schutzgesetz usw.) Dadurch verlieren die Arbeiter das Vertrauen in reformistischen Führern und gehen zur Selbsthilfe über. Die Anwesenden waren mit dem Referat des Genossen Gräf zufrieden. Genosse Buchwald sprach sich in der Diskussion über die nächsten Wahlen aus und betonte, daß dem SPD-Führern die Zustimmung für ihren Verrat gegeben werden muß. Genosse Schöffner ermahnte die Anwesenden, selbst an der Verbesserung ihrer Lebenslage zu helfen, und ihre Unterstützung der KPD zu widmen, die doch nur als die einzige Arbeiterpartei für die Interessen der Arbeiter eintritt. Diesem Ruf folgten mehrere Arbeiter und traten der KPD bei. Eine Anzahl Sympathisierende versprachen, in der nächsten Mitgliederversammlung zu erscheinen. Die Zellerfassung ergab 169 Mark, davon wurden 40 Mark für die rote Hilfe gezeichnet. Obwohl die SPD-Leute unsere Versammlungspatrate heruntergerissen haben, konnten wir einen guten Erfolg verzeichnen.

## Aus der Partei.

An alle Ortsgruppen! Durch die Wahl in Oberschleien sind alle Referenten der Bezirksleitung bis zum Tage der Wahl durch Referate in öffentlichen Wahlversammlungen festgelegt. Es ist daher unmöglich, in die Ortsgruppen in der Zeit bis zum 20. November Referenten zu entsenden. Vielmehr müssen die Ortsgruppen versuchen, uns Redner aus ihren Kreisen zur Verfügung zu stellen, als in dieser Zeit von der Bezirksleitung noch Redner zu verlangen. Darum ist es die Aufgabe der Genossen in den Ortsgruppen, alle Kräfte anzupansern, um die Parteiorganisation innärlich zu festigen und das Schwergewicht der Partiarbeit nicht auf öffentliche Versammlungen zu legen. Wir mögen die Ortsgruppen schon jetzt darauf aufmerksam, damit nicht Versammlungen einberufen werden, zu denen dann kein Redner erscheinen kann.

Die Bezirksleitung beschloß in ihrer Sitzung vom 23. Oktober alle vierzehn Tage einen

### Bildungsabend

in Beilan abzuhalten.

An diesen Abenden sollen die politischen Tagesfragen und prinzipiellen Themen behandelt werden, um unsere Genossen mit dem notwendigen Rüstzeug zu versehen, die in der vorberstehenden Linie der Partei stehen.

Berpflichtet zur Teilnahme an dieser Veranstaltung sind alle in Beilan wohnenden Referenten, die Genossen, die besonders von der Bezirksleitung geladen sind und alle Mitglieder der Bezirksleitung. Freiwillig können alle Parteimitglieder an den Bildungsabenden teilnehmen, alle sich interessierenden werden eingeladen.

Die erste Zusammenkunft dieser Genossen findet am Sonntag, den 23. Oktober, in Beilan im Lokal Bratislawia, Hauptplatz, abends pünktlich 7 Uhr statt.

Wir weisen darauf hin, daß diese Veranstaltung eine Pflichtveranstaltung ist, an der alle dazu bestimmten Genossen teilnehmen müssen.

### Die Bezirksleitung.

# Vollversammlung der Betriebsräte

am Sonntag, dem 22. Oktober 1922, vorm. 9 Uhr, in den Hubertus-Sälen, Breslau.

Am vergangenen Sonntag fand in Breslau eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, trotzdem die Gewerkschaften sie dadurch sabotieren wollten, daß sie für den selben Tag eine gewerkschaftliche Betriebsräte-Vollversammlung einberiefen. Diesmal erlebten die Bürokraten aber ein Fiasko. Die von dem Bezirksausschuß Breslau der Betriebsräte einberufene Vollversammlung war weit besser besucht als die gewerkschaftliche. Das zeigt, daß auch in Schlesien die Bewegung für den Reichsbetriebsräte-Kongreß fest Fuß gefaßt hat und daß das schlesische Proletariat trotz aller Sabotage der SPD und Gewerkschaftsführer sich in immer größerem Umfange in die Kampffront um den Reichsbetriebsräte-Kongreß einreihet.

Ueber die Tagung der Betriebsräte-Vollversammlung erhalten wir folgenden Bericht:

Der 1. Vorsitzende des Bezirks-Ausschusses der Betriebsräte Breslau, Kollege Kose, eröffnete die Versammlung Punkt 1/10 Uhr und hieß die zahlreich erschienenen Kollegen willkommen. Der Saal war von ca. 200 Kollegen dicht besetzt.

Die Tagesordnung war wie folgt festgelegt:

1. Die Notwendigkeit des Reichsbetriebsräte-Kongresses.
2. Freie Aussprache.
3. Verschiedenes.

Nachdem auf Anfragen des Kollegen Kose niemand von den Anwesenden etwas gegen die Tagesordnung einzuwenden hatte, erteilte der 1. Vorsitzende dem Referenten, Kollegen Grothe-Berlin, als Vorsitzender des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte das Wort.

**Kollege Grothe**

überbringt den Anwesenden Grüße der Berliner Kollegen und beginnt sofort mit dem eigentlichen Thema. Die Selbsthilfe der Betriebsräte ist darum erforderlich und dringend notwendig, weil die Gewerkschaften und Regierungsparteien nichts gegen den Wucher und die Steuererhöhung unternehmen. Unerschämte Auswucherung des Volkes schuf logischer Weise die Selbsthilfe. Es blieb schließlich nicht bei Kundgebungen gegen die allgemeine Steuererhöhung und das wachsende Elend, sondern es kam auch leider zu Ausschreitungen, die wieder Opfer von Proletariaten forderten. In Berlin verlangten die Arbeiter durch die Betriebsräte entweder Verbilligung der Waren und Bedarfsartikel oder aber Übernahme und Kontrolle des Verkaufs. Solche Vorfälle waren verschiedentlich im Reiche zu verzeichnen, wie z. B. in Hamburg, wo es die werktätige Masse veranlaßte, sich einen Kontrollausschuß zu bilden, der alsdann tatsächlich nach behördlicher Anerkennung die Herabsetzung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel bis um 40 Prozent durchsetzte. Diese Kontroll-Ausschüsse waren jedoch ein Dorn im Auge der Bourgeoisie und die betreffenden Orte wurden durch Lebensmittelsperrung boykottiert.

Auch in Oberschlesien wollte das Proletariat die Anerkennung des Kontrollausschusses erzwingen. Als man für die Anerkennung desselben demonstrierte, stellte sich die Polizei den Arbeitern entgegen. Es kam zu einzelnen Blünderungen, gegen welche die Schupo radi-

kal eingriff. Wieder waren mehrere Opfer dabei zu beklagen.

**Blut war wieder geflossen**

von Menschen, die nichts anderes taten, als gegen Not, Steuererhöhung und Elend den Kampf aufzunehmen.

Diese und ähnliche Vorfälle im ganzen Reiche veranlaßte die Berliner sowie auch Teile der im übrigen Reiche im Kampfe gegen Not und Elend stehenden Arbeitererschaft nunmehr durch die Betriebsräte Abwehrmaßnahmen zu treffen. Dieses praktische Vorgehen der

## Die Parteischule beginnt

Sonnabend, den 28. Oktober, pünktlich 8 Uhr morgens, in der „Wraslawia“

Arbeitererschaft wurde durch die absolute Untätigkeit der Gewerkschaften und Regierungsparteien geboren. Kollege Grothe erinnerte an den großen Eisenbahnerstreik im Februar d. Js., ferner an den Rathenau-Mord, wo von den politischen Parteien viel gefordert wurde, jedoch bis heute noch nichts unternommen worden ist. Deshalb haben sich die Berliner Betriebsräte selbst organisiert und haben an das werktätige Volk im ganzen Reiche einen offenen Brief mit dem

**Aufruf zum Kampf**

gerichtet, welcher von hunderttausenden von Arbeitern, Angestellten und Beamten mit großer Begeisterung für diese gute Sache aufgenommen wurde. Fast die gesamte Arbeitererschaft mit Ausnahme weniger Orte hat sich mit den getroffenen Maßnahmen der Berliner Betriebsräte, also dem Fünfzehner-Ausschuß einverstanden erklärt. Die Stimmung der Arbeitererschaft wegen der Steuererhöhung mußte gerade von den Gewerkschaften und Parteien dazu benutzt werden, praktische Arbeit zu leisten. Statt dessen tritt das Gegenteil ein; die Gewerkschaften führen den schärfsten Kampf gegen die Selbsthilfe des deutschen Proletariats mit allen Mitteln. Wie ist es möglich, daß sich die Führer der proletarischen Organisationen gegen die Bewegung der Betriebsräte stellen? Hat doch Kollege Grothe, der Vorsitzende des Reichsausschusses, selbst bei dem Vorsitzenden der Berliner Reichsbetriebsräte-Zentrale, Herrn Dr. Striemer das Anerbieten gemacht, daß der Reichsausschuß jederzeit bereit ist, sich aufzulösen, wenn der USGB und die USA die Führung der Bewegung übernehmen.

Kollege Grothe bewies in seinen Ausführungen über den Rapp-Putsch, den Erzberger- und Rathenau-Mord, daß große Versprechungen für Abhilfe gegeben wurden, doch alles von Seiten der Gewerkschaften nur zum Schein und zur Beruhigung der Arbeitererschaft! So mußte z. B. bei Rapp-Putsch die Arbeitererschaft durch den Generalkrieg der Regierung wieder in den Sattel verhelfen und nachdem ging man wieder gegen die Arbeiter los. (Sehr richtig!)

Die Gewerkschafts- und Parteiführer haben es also bisher durch ihre Versprechungen großartig verstanden,

**den Kampf abzulenken**

und verstanden zu lassen. So haben die Gewerkschaften

seinerzeit bei dem Februar-Generalkrieg der Eisenbahner es vorzüglich verstanden, der Bewegung durch Sabotage das Genteil zu brechen. (Bravo!)

Kollege Grothe bewies daselbe bei den Bewegungen der Berliner städtischen Arbeiter.

Trotzdem schon Karl Legien sagte, daß sich keine Regierung gegen die Macht der Arbeiter halten kann, treffen die Gewerkschaften keine Maßnahmen gegen die Steuererhöhung und völlige Verelendung des deutschen Proletariats. Auch die Regierung lehnt jede Abhilfe ab. Die Gewerkschaften denken gar nicht daran, einen Betriebsräte-Kongreß einzuberufen. Deshalb gerade Mut und Trost, der Kongreß wird einberufen, durch den Willen des deutschen Proletariats. Wenn auch Dr. Striemer behauptete, daß, solange der Arbeiter und Angestellte sich noch eine Zigarette und ein Glas Bier leisten können, von einer Revolte der Arbeitererschaft noch keine Rede sein kann, so muß jeder Proletarier auf den Plan treten und die Kollegen müssen kämpfen aus voller Kraft für die Reichsbetriebsräte-Bewegung. (Stimmlicher Beifall)

Der 2. Punkt der Tagesordnung: Diskussion wurde eröffnet. Kollege Brehm als Vertreter des Bundes für schaffende Landwirte macht die erfreuliche Mitteilung, daß sich ca. 2000 Mitglieder des Bundes für den Reichsbetriebsräte-Kongreß entschieden haben. Von 21 Ortsgruppen haben sich 17 Ortsgruppen für die Betriebsräte-Bewegung erklärt. Kollege Brehm tritt besonders ein für den einseitigen Kampf des Landproletariats mit dem Industrieproletariat und schließt sich im übrigen den Ausführungen des Kollegen Grothe an.

Kollege Gärtner widerlegt die Behauptung vieler Gewerkschaftsführer, daß die Reichsbetriebsräte-Bewegung eine kommunistische Mache sei — stehen doch viele Mitglieder der USGB an der Spitze der Bewegung. Er ruft die anwesenden Kollegen zur Mitarbeit auf.

Kollege Marstall von den Aerogen-Verfahren spricht sich gleichfalls für die Bewegung aus. Er setzt sich im übrigen besonders für die Beschlagnahme der Kirchenschätze ein, welche eine Sanierung der deutschen Währung herbeiführen soll.

Kollege Krosdorf schildert das Elend des Mittelstandes und fordert die anwesenden Kollegen zum gemeinsamen Kampfe gegen Not und Elend auf. Im übrigen beweist er den Anwesenden die unbedingte Notwendigkeit des Reichsbetriebsräte-Kongresses.

Kollege Berger tritt für die Beamten ein und schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Redner legt klar, daß das werktätige Volk nicht hinter Gewerkschaften und Parteien, sondern hinter den Betriebsräten stehen muß.

Kollegin König, Blochowit und eine Anzahl anderer Diskussionsredner schlossen sich den Ausführungen der Vorredner an und betonten sämtlich die engste Kampfgenossenschaft.

Kollege Grothe hielt alsdann sein Schlusswort, worauf ihm reichlicher Beifall und Dank zuteil wurde.

Die Versammlung hatte somit bewiesen, daß die Breslauer Betriebsräte wissen, in welchen Reihen sie zu kämpfen haben.

## Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

„Ija wurde von ihm mit Geringschätzung behandelt, und der Knabe war ihm gleichfalls nicht zusetzen. Der Prinzipal dagegen gefiel Ija. Vom Morgen bis zum Abend stand er hinter seinem Pult, öffnete immer wieder seinen Geldkasten und warf das Geld hinein. Ija sah, daß er das ganz gleichgültig, ohne Habgier tat. Und es bereitete ihm ein angenehmes Gefühl, das zu sehen. Angenehm war's ihm auch, daß der Prinzipal mit ihm öfter und freundlicher sprach als mit den Kommis. In den stillen Geschäftsstunden, wenn keine Käufer da waren, redete der Kaufmann Ija öfters an, der in Gedanken versunken, in der Ladenküche stand.“

„Ja, Ija, — schläfst du?“

„Nein.“

„So, so... Und warum bist du denn immer so ernst?“

„Ich... weiß es nicht...“

„Ist dir wohl hier langweilig, wie?“

„Ja...“

„Ja, daß gut sein — immer langweilig dich! Auch ich hab' mich mal früher gefangeweilt... Vom neunten bis zum dreißigsten Jahre hab' ich mich unter fremden Dächern gefangeweilt... Und jetzt hab' ich seit dreißig Jahren zu, wie andere sich langweilen...“

Und er wiegte dabei den Kopf auf und ab, als ob er nachdenken wollte.

„Daran läßt sich mal nichts ändern!“

Nach zwei, drei Gesprächen dieser Art begann Ija die Frage zu beschäftigen: warum eigentlich dieser reiche, geachtete Mensch den ganzen Tag in dem schmutzigen Laden stand und den herben, unangenehmen Geruch der gefüllten Fische einatmete, während er doch ein so großes, sauberes Haus besaß. Das war ein merkwürdiges Haus: es ging in ihm so still und ruhig zu, und alles geschah darin nach einer festen, unerschütterlichen Ordnung. Und obgleich in seinen beiden Stagen über dem Besitzer, seiner Gattin und seinen drei Töchtern niemand weiter wohnte als eine Köchin, die zugleich als Ratgeber fungierte, so war es doch eng darin. Alle Hausbewohner sprachen mit gedämpfter Stimme, und wenn sie über den geräumigen, sauberen Hof gingen, drückten sich alle auf die Seite, als ob sie sich fürchteten, den offenen, weiten Hofraum zu betreten. Wenn Ija dieses ruhige, solide Haus mit dem Hause Petruschka verglich, kam er wider Erwarten zu dem Ergebnis, daß das Leben in Petruschka's Hause doch vorzu-

ziehen sei, wenn es dort auch ärmlich, lärmend und schmutzig zugeht. Er wunderte sich selbst über dieses Ergebnis seines Nachdenkens, und er wollte nicht recht daran glauben. Aber immer häufiger, immer lebhafter beschäftigte dieser Gedanke seinen Kopf. Und der Umstand, daß der Prinzipal nur wenig in seinem Hause lebte, befestigte ihn noch mehr in seiner Vorstellung. Gar zu gern hätte er den Kaufmann gefragt, weshalb er eigentlich den ganzen Tag in der Küche, dem Lärm und Wirrwarr des Marktes zudröngte, und nicht in seinem Hause, wo es doch so still und friedlich sei.

Eines Tages, als Karp gerade irgendeinen Geschäftsgang erledigte, und Michail im Keller die verdorbenen Fische für das Armenhaus ausuchte, begann der Prinzipal wieder ein Gespräch mit Ija, und im Verlauf desselben sagte der Knabe plötzlich vorwiegend:

„Sie könnten doch Ihr Geschäft schon aufgeben, Kiril Swankisch!... Sie sind doch so reich... Bei Ihnen zu Hause ist's so hübsch, und hier... so langweilig...“

Strogany setzte beide Ellbogen auf das Pult, stützte seine Stirn darauf und musterte seinen Lehrling aufmerksam. — Der rote Bart des Kaufmanns zuckte dabei ganz seltsam.

„Wann?“ fragte er, als Ija schwieg. „Hast du alles gesagt?“

„Ja...“ sagte Ija verwirrt und mit Angst im Herzen. „Komm einmal her!“

Ija trat näher an das Pult heran. Da sah der Kaufmann sein Kinn, hob seinen Kopf empor, sah ihm mit halb zugekniffenen Augen ins Gesicht und fragte:

„Hast du das jemand vorgeschlagen, oder hast du dir's selber ausgedacht?“

„Ich selber, bei Gott!“

„So...! Wenn du es aus dir selber hast, dann soll's gut sein... Aber ich will dir mal etwas sagen: in Zukunft unterstehst du nicht wieder, mit mir, deinem Prinzipal — verstellst du? Deinem Prinzipal — in solcher Weise zu sprechen! Merkt dir das — und jetzt geh an deine Arbeit!“

Und als Karp zurückkam, begann der Prinzipal plötzlich ohne irgendeinen ersichtlichen Grund, mit ihm zu reden, wobei er jedoch beständig von der Seite nach Ija schaute, und zwar so, daß dieser es wohl bemerkte.

Der Mensch muß sein ganzes Leben lang irgendein Geschäft betreiben — sein ganzes Leben lang!... Wer das nicht begreift, ist ein Dummkopf. Wie kann man leben, ohne irgendetwas zu tun? Ein Mensch, der seinem Geschäft nicht mit dem rechten Eifer vorsteht, taugt zu gar nichts...“

„Stimmt vollkommen, Kiril Swankisch!“ lies der Kommissar sich vernehmen, während er seine Augen wie suchend durch

den Laden schweifen ließ, als ob er darin irgendeine Beschäftigung für sich suchte. Ija sah den Prinzipal an und versiel in Nachdenken. Immer langweiliger wurde ihm das Leben unter diesen Menschen. Die Tage zogen sich hin, einer nach dem andern, wie lange, graue Fäden, die sich von einem unheimlichen, gewaltigen Knäuel abwickelten. Und es schien dem Knaben, daß diese Tage gar kein Ende mehr haben würden, daß er sein ganzes Leben lang an dieser Sabotage stehen und auf den Arm des Marktes lauschen würde. Aber sein Denken, das bereits vorher durch die empfangenen Eindrücke und das Lesen der Bücher geweckt worden war, unterlag der einschläfernden Wirkung dieses einsamigen Lebens nicht, sondern arbeitete ununterbrochen, wenn auch langsam weiter. Die Seele des Knaben nahm immer neue Eindrücke auf, die in ihr weiter gärten und seinen Kopf mit einem Nebel von Vorstellungen über alles, was rings um ihn vorging, erfüllten. Er hatte keinen Menschen, mit dem er seine Gedanken hätte austauschen können, und so verbergte er sie in seiner Brust.

Es waren ihrer sehr, sehr viele, und sie quälten ihn, aber sie waren unklar, verschmolzen miteinander, hingen sich gegenseitig auf und lagen ihm wie ein schwerer Klumpen auf Stirn und Brust. Bisweilen war es dem ersten, schweigenden Knaben so peinlich, dem Treiben der Menschen zuzuschauen, daß er am liebsten die Augen geschlossen und irgendwohin recht weit fortgegangen wäre — noch weiter, als Walscha Gratschew gegangen war — um nie mehr hierher, in diese graue Langeweile und unbegreifliche menschliche Richtung zurückzukehren.

An den Feiertagen schickte man ihn in die Kirche. Er feierte von dort jedesmal mit einem Gefühl zurück, als ob sein Herz in dem Gotteshaule in einer düsternen, warmen Flüssigkeit reingewaschen worden wäre. Den Onkel hatte er während eines halben Jahres zweimal besuchen dürfen. Dort ging alles in der alten Weise zu. Der Onkel wurde immer magerer, und Petruscha piff immer lauter, während sein Gesicht, das früher rot glühend hatte, jetzt ganz rot ausfiel. Ija sagte Ija, daß sein Vater ihm arg zusehe.

„Immerfort brummt er: Mußt endlich was Vernünftiges begreifen... Sinen Bücherwurm kann ich nicht gebrauchen... Aber wenn mir's nun mal zuwider ist, hinterm Schenktisch zu stehen? Nichts als Lärm, Gezänk, Geschwätz... sein eigenes Wort versteht man nicht!... Ich sage: Gib mich irgendwohin in die Lehre... Bist leicht in einem Heiligenstüberladen... Da ist nicht viel zu tun und ich liebe die Heiligenbücher...“

Sakons Augen blinzelten traurig, die Haut auf seiner Stirn erschien auffallend gelb und glänzte wie die Gläse auf dem Kopfe seines Vaters.

(Fortsetzung folgt.)

# Einigung des Jungproletariats!

Schwer drückt die täglich steigende Leuerung auf die Lebenshaltung der breiten Arbeitermassen. Von der arbeitenden Jugend werden Dostor über Opfer gefordert. Hungerkrankheiten, Storbüt und die Grippe, die z. B. in Berlin infolge der schlechten Ernährung bereits 25 Prozent aller an ihr Erkrankten dem Tode verfallen läßt, sind die Folgen. So kann und darf es nicht weitergehen. Das leidende Proletariat und seine Jugend muß diesem Elend ein Ende bereiten.

Viele Jungarbeiter legen ihre Hoffnung auf die Kraft des Zusammenschlusses der proletarischen Jugendorganisationen. Sie verkennen noch, daß die Befreiung von dieser Not eine Frage des verstärkten Klassenkampfes gegen die Ursache aller dieser Elends, gegen die kapitalistische Gesellschaft ist. Die nur organisatorische Einigung der proletarischen Jugend kann ein Misserfolg oder sogar ein Verrat an den Interessen des Jungproletariats sein. Ein Heranziehen großer Jugendarbeitermassen zum Kampfe gegen ihre Not muß als Ziel hinter der formalen Einigung stehen.

Die reformistischen Führer der sozialdemokratischen Arbeiterjugend bläsen heute mit denen der sozialistischen Proletarier-Jugend ihre Einigungschäume. Aber das Blasen und die „Einigung“ der erwachsenen Arbeiterschaft der politischen Richtungen dieser Jugend verhindern nicht die immer größer werdende Leuerung, und stärkeres Rülsten der Reaktion. Verrat auf Verrat an der arbeitenden Jugend erlebt das Proletariat. In Hannover wurde auf sozialdemokratischen Antrag anstelle der fünfjährigen Kerkerstrafe in den Fortbildungsschulen eine fünfjährige Verhaftung. Auf dem Reichstongress der Arbeiter-Jugend in Wernigerode legte Ollenhauer Zeugnis ab von ihrer Beteiligung mit der Stinnes-Republik. In Berlin beteiligte sich der Arbeiter-Jugendbund nicht an den Kundgebungen der arbeitenden Jugend, sondern hält mit der demokratischen Jugend eine Feier für Staatsmänner ab. So auch in Köln. Keine Abgrenzung die Stinnes-Republik unter Anhörung von Reden ihrer jugendlichen liberalen Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Arbeiterjugend war hier zu hören. Die „Jugenddeutschland-Post“ vom 15. Oktober 1922, ein monarchistisches Jugendorgan, schreibt unter der Überschrift „Die Ehre der Jugendlichen“:

„Auch in den sozialdemokratischen Zeitungen fängt man an, sich zu erregen über die viel zu hohen Löhne der jugendlichen ungelerneten Arbeiter, und die Folgen, die dadurch gezeitigt werden können.“

Die Arbeiterjugend und ihr Johannes Schult können stolz sein auf diese Einigkeit mit den Monarchisten.

Was zeigen uns diese Dinge? Vom 29. bis 31. Oktober tagt in Leipzig die Reichskonferenz der sozialistischen Proletarier-Jugend. Hier werden wichtigste Entscheidungen für die organisierte arbeitende Jugend gefällt. Die sozialistische Proletarierjugend soll nach dem Willen ihrer Instanzen mit der Arbeiterjugend vereinigt werden. Aber unsere Jugendgenossen und Genossinnen in der SPD haben das Entscheidungsrecht in ihren Händen. Sie haben jetzt zu entscheiden, ob sie mit denen, die unsere Interessen mit den Füßen treten, in eine Organisation gehen wollen. Sie müssen daran denken, daß gerade die Internationale der Arbeiterjugend es war, die eine wirkliche Einheitsfront des Jungproletariats zum Kampfe für seine gemeinsamen Forderungen ablehnte.

## Aus den Betrieben.

### Macht's nach!

Für den Reichsbetriebsräte-Kongress wurde auf der Glückwünsche gesammelt:

Wrangel'schaft, 4 Abteilung, 335 M.; Wrangel'schaft, Gen. Bittner, 152 M.; Wrangel'schaft, 1. und 5. Abteilung, 27 M.; Schmiede 461 M.; Kesselfabrik Henschel'schaft 333 M.; von Gen. Kropf gesammelt 219 M., insgesamt 2227 M. — Macht's nach, Arbeiter!

In Breslau wurden gesammelt:

Koch und Wittenberg (Schuhfabrik) 396 M., Archimedes (Schmiede) 335 M., Balleidungsriebe 112, Schulz (Schm.) 1215, Stadt. Gaswerk 4 1212, von den Kollegen aus Langmaler'sdorf 1111, Stadt. Hafen 733, Wartenberg'sche Schuhfabrik 646, insgesamt 13 844 M.

## Gewerkschafts-Bewegung.

### Das Wiederanhangeschaft des ADB.

Wie der „Vorwärts“ meldet, fand Montag in Berlin die lange angelegte Konferenz des französischen Wiederanhangeschafts mit den deutschen sozialen Baubetrieben statt. An der Konferenz nahmen eine Reihe hervorragender und einflussreicher französischer Persönlichkeiten, außerdem der Sekretär des französischen reformistischen Bauarbeiterverbandes und von deutscher Seite außer dem Baubetriebsverband zwei Vertreter des ADB und einer der Afa teil. Die französische Delegation betonte, daß die Poincaré Regierung dem Aktionskomitee bestimmte Zusicherungen gegeben hat, die insbesondere die Verteilung von Reparationskosten für die Baubetriebe des Aktionskomitees an den deutschen Baubetriebsverband betreffen. In der Konferenz herrschte in allen Punkten völlige Übereinstimmung.

Darum ist das Wiederanhangeschaft des ADB glücklich unter Dach gebracht. Der berühmte Kohlenpunkt befragt, daß der Deutsche Bauarbeiterverband, falls Deutschland die Reparationskosten richtig absetzt, einen gewissen Prozentsatz dieser Kohle zurückgeliefert erhält. Darum folgt, daß der ADB infolge dieses Geschäftes genau wie Herr Stinnes ein beehrtes Interesse daran haben muß, daß die Bergarbeiter ja mehr überhöhen verdienen und die Kohlenproduktion infolge der niedrigen Arbeitslöhne „renabel“ wird. Der ADB weiß selbst, daß die Bergarbeiter dieses Geschäft sehr bald durchblicken werden und daher deshalb in der Konferenz ein Theater auf, indem er erklärte, eine weitere Erhöhung der Reparationslieferungen, wie sie von Frankreich gefordert werden, sei unmöglich, weil es ganz ausgeschlossen sei, daß von den deutschen Bergarbeitern höhere Leistungen als die bereits gefahrenen überhöhen verlangt werden können. Diese Erklärung im Zusammenhang mit der Befragung, daß alle Sachverhalte und abgeschlossenen Verträge (vor allem das Stinnes-Suberlac-Abkommen) gefährdet werden könnten, beweisen zur Genüge unsere bisherigen Behauptungen über die engen Zusammenhänge zwischen dem Stinnesabkommen und der Arbeiteroffensive des ADB.

# Soziales.

## Ans Werk, Genossen!

### Mitgliederbesprechung der SPD.

Am Mittwoch fand in der Wratklatia eine gutbesuchte Mitgliederbesprechung unserer Partei statt, die sich in der Hauptsache mit dem Aufbau unseres eigenen Heimes in der Trebnitzer Straße beschäftigte. Genosse Fischer, der über diesen Punkt sprach, schilderte mit warmen Worten den Werdegang der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“. Er sprach davon, wie aus dem einstigen Kopfsblatt der „Roten Fabrik“ eine selbständige Tageszeitung geworden ist. Wie wir dank der Anteilnahme unserer Genossen eine eigene Druckerei erwerben konnten. Nun sind wir gar an dem so heiß ersehnten Ziel angelangt: wir haben ein eigenes Haus gekauft, in dem der gesamte Betrieb unserer Zeitung untergebracht werden soll. Alle Hinderungsversuche seitens der Oberschlesischen Verbände konnten das Werk nicht verhindern. Nun müssen aber an dem eigenen Haus noch bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Um das schnell und billig zu ermöglichen, wollen wir einen kommunalistischen Hilfsdienst einrichten. Gleich unseren russischen Genossen an den roten Sonntagen wollen wir an jedem Tage ein paar Stunden kostenlos beim Aufbau unseres Hauses helfen. Jeder Genosse und jede Genossin muß mit an diesem Aufbau teilhaben. — Eine von großer Begeisterung getragene Diskussion zeigte, daß die Genossen und Genossinnen den festen Willen haben, in wenigen Wochen das eigene Heim mit eigenen Händen zu vollenden. Zahlreich meldeten sich Genossen sowohl als Genossinnen beim Bauhilfer zur Arbeit.

Danach wurde über eine Umorganisation der Ortsgruppe gesprochen. Genosse Delfner beronte einleitend, daß nun die Breslauer Organisation unserer Partei aufgebaut werden muß, daß sie allen durch das neue Unternehmen an sie gestellten Anforderungen genügen kann. Auch über diesen Punkt fand eine ausgiebige Diskussion statt, in der zahlreiche Genossen durch praktische Vorschläge zeigten, wie sehr sie um das Wohl unserer Partei bemüht sind. Die Debatte führte zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis.

Erst kurz vor 12 Uhr fand die imposante Versammlung ihr Ende. Sie hat gezeigt, daß die Genossen und Genossinnen unserer Breslauer Parteiorganisation zu jedem Opfer für die Partei und vor allem für das neue Unternehmen bereit sind. Mit dem festen Entschluß, alles einzuwehen, das beschlossene Werk bald zu vollenden, gingen die Versammelten um Mitternacht auseinander.

### Bravo!

In der Mitgliederbesprechung am Mittwoch erklärte sich Genosse Berner bereit, die 10 Tage, die er noch Urlaub zu bekommen hat, beim Bau unseres eigenen Heimes zu arbeiten. — Ein anderer Genosse zahlte in der Versammlung für den Umbau 1000 Mark. Macht's nach, Genossen!

### Ein Pfund markenfrees Brot 75 Mk!

Wie die Breslauer Bäderinnung mitteilt, beträgt wegen der weiteren sprunghaften Steigerung des Mehlpreises im freien Verkehr vom 25. Oktober ab der Preis für ein Pfund markenfrees Brot 75 Mk., für eine markenfrees Semmel 15 Mk. Das bedeutet eine Erhöhung um 50 vom Hundert. Dem Friedenspreise gegenüber ist dieser Betrag das 300fache. — Und erer Lohn, Arbeiter!

### Langenbielan.

Kampf dem Schand! Die kommunalistische Jugend Langenbielan sendet uns das folgende Schreiben mit der Bitte, es zu veröffentlichen:

Langenbielan, den 23. Oktober 1922.

An alle Langenbielaner Jugendvereinigungen.

Jugendfreunde!

Im ganzen Reich wird in diesen Tagen eine gesteigerte Agitation gegen die Schandliteratur durchgeführt. Auch in Schlesien haben sich z. B. in Breslau sämtliche Jugendorganisationen zum Kampf gegen die Schandliteratur zusammengeschlossen und planen eine großartige Agitation gegen den literarischen Schand durchzuführen.

Wir halten es für durchaus notwendig, daß auch in Langenbielan etwas gegen das Ueberhandnehmen der Schandliteratur getan wird. Wir schlagen deshalb vor, am Mittwoch, den 1. November bei Winter eine gemeinsame Sitzung aller Langenbielaner Jugendorganisationen abzuhalten und laden euch hiermit zu dieser Sitzung ein.

Falls am Mittwoch kein Vertreter einer Vereinigung anwesend ist, müssen wir annehmen, daß ihr es ablehnt, etwas gegen die Schandliteratur zu tun.

Mit Jugendgruß!

Roman Jugend Langenbielan.

## An unsere Postbezieher!

Sie zeigen unserer Leser, die Ihre Bestellung auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ nur für den Monat Oktober aufgegeben haben, bitten wir, das

Abonnement für den Monat November

schleunigst bei dem für Sie in Frage kommenden Postamt zu erneuern. Der Briefträger fordert zur Erneuerung des Abonnements nicht auf, nimmt auch die Bestellung nicht entgegen. Nur durch sofortige Bestellung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ führt sich der Leser die pünktliche Belieferung für den Monat November.

Verlag „Schlesische Arbeiterzeitung“.

# K \* P \* D

## Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

### Bezirksleitung

Sitz und Saal: Breslau, Kilestr. 4/50. Fernsprecher Ring 887

Leitung: Alfred Delpner, Breslau 1, Kilestr. 49/50. Postfach 612 Breslau 6864, Alfred Delpner

Produktionsgenossenschaft. Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Büro: Verwaltungssitzung.

### Agitationskreis Breslau.

Breslau. Um die Finanzierung unserer Ortsgruppe in eine gesunde Bahn zu lenken, ist eine pünktliche Kassenabrechnung unbedingt erforderlich. Die Kassenabrechnung werden ersucht, bis zum 26. Oktober für diesen Monat abzugeben. Eine gesunde Kassenabrechnung heißt unser Finanzziel.

Mittwoch (früher 22). Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Wählig, Kappeler 18, wichtiger Bezirksabend. Referent Genosse Land spricht über: „Der Weg aus dem Elend“. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Mittwoch 14/15. Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Bezirksversammlung im Lokal Seifert, Sobieskitze 6, am Eisenbahnmarkt, statt. Erscheinen jedes Genossen und jeder Genossin ist Pflicht.

Achtung! Kommunistische Eigenheuer! Alle kommunistischen Eigenheuer erfordern am Samstag, den 28., abends 7 Uhr pünktlich im Parteibüro zu einer sehr wichtigen Sitzung. Mithras mitbringen.

Gelegl. West (ausgehend die Nummern 2, 3, 4 und 5). Mittwoch, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Wählig Seifert, Sobieskitze 14, eine Parteibeschreibung, eine

offene Abteilungsversammlung statt. Thema: Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. Referent: wofend. Sämtliche Genossen und Genossinnen des Bezirks haben unbedingt und pünktlich zu erscheinen. Sympathisierende und Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ herzlich willkommen.

Genossinnen! Montag um 2 Uhr nachmittags müssen Handarbeit für den Vortrag, der am 31. Oktober um 4 Uhr bei Hillich stattfinden, abgeholt werden.

„Wie kann die Frau ihr Glück gewinnen.“ Darin findet am Dienstag, den 31. Oktober, um 4 Uhr nachmittags bei Hillich, Fischerstraße 24 (früher Weule's Brauerei) Vortrag statt.

Margareth. Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 Uhr findet in Reichsmers Gasthaus eine Mitgliederbesprechung statt. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.

Agitationskreis Langenbielan. Kreisleiter: Hans Hillich, Langenbielan.

Langenbielan. Sonnabend, den 28. Oktober, bei Winter wichtige Funktionärsitzung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Ober Betsau 2. Sonntag, den 29. Oktober 1922, vorm. 9 Uhr: Offene Mitgliederbesprechung im Gasthof „Schwarzer Bär“. Alle Mitglieder und Jungleser sowie Sympathisierende müssen erscheinen.

Agitationskreis Lauban. Kreisleiter: Rudolf Gregor, Lauban.

Gewerkschaftsfunktionäre. Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, treffen sich alle Gewerkschaftsfunktionäre der Ortsgruppen Lauban, Nichtenau, Geisbohn, Langenbielan, Schöndorf, Dreifelsberg, Messersdorf, Marissa und Jentig-Neubertsdorf im Volkshaus Lauban. Berichterstattung von der Reichskonferenz und der Internationalen Bergarbeiter-Konferenz durch die Genossen Reichel und Melzer.

Agitationskreis Neustadt-Ziegenhals. Kreisleiter: Gerhard Scholz, Ziegenhals.

Meiße. Freitag, den 27. Oktober, findet im „Prinz Friedrich Karl“, Grabenstraße, eine Mitgliederbesprechung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht einzuweisen, zu erscheinen. Jungleser und Sympathisierende sind willkommen. Frauen mitbringen. Referent Gen. Weimann.

Agitationskreis Oppeln. Kreisleiter: Robert Eibor, Oppeln.

Oppeln. Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet eine Kreisversammlung der SPD, Kreisleitung Oppeln statt. Tageslokal wird noch durch Rundschreiben an die Ortsgruppen und Vertrauensleute bekanntgegeben.

Oppeln. Alle Genossen, die im Besitz einer Sammelkarte für den Wahlfonds sind, haben diese sofort an den Genossen Ernst Wirt, Oppeln, Nikolaistraße 26, abzugeben.

Oppeln. Sämtliche Unterkassierer fordern wir auf, die kassierten Monatsbeiträge sowie die Marken für den Weltkongress sofort beim Kassierer abzurechnen.

Agitationskreis Waldenburg. Kreisleiter: Sinyaj Bauer, Waldenburg.

Waldenburg. Sonntag, den 29. Oktober, vorm. 9 Uhr findet im Gasthof zum Mahrausch unsere Mitgliederbesprechung statt, wozu alle Mitglieder erscheinen müssen. Am Abend von 6 Uhr ab findet im selben Lokal unser Familienabend statt. Hierzu sind auch Zeitungleser herzlich eingeladen.

Agitationskreis Waldenburg. Kreisleiter: Adler, Waldenburg.

Unteres Revier. Kreisleiter: Adler, Waldenburg.

Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus zur Vorwärtshütte: Mitgliederbesprechung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Kommunistische Jugend. Bezirksleitung: Maria Wollant, 49/50. Postfach 612. Breslau 675 95. Mag. Glatzer.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Gotthard Hoffmann, Breslau, Altonstraße 81.

Jugendfunktionäre. Freitag, den 27. 10. abends 7 Uhr Funktionärsitzung. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Funktionärs und der 10 Ortsgruppenführer, zu erscheinen. Minoritätenbesprechung 3/5, Schule.

Agitationskreis Waldenburg. Kreisleiter: Alfred Post, Waldenburg, Charlottenstr. 18.

Ortsleitungssitzung: Sonnabend, den 28., abends 8 Uhr im Jugendheim.

R. 3. Waldenburg-Dittersbach. Sonntag, den 29. Oktober findet in Sellhammer ein Familienabend statt, an dem wir mitwirken. Wir treffen uns um 1 Uhr am Jugendheim (Waldenburg) Alle Genossen (im) müssen unbedingt erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Orst; Zusender: Max Fischer. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Broschüre Schlesien, z. B. u. h. J., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Oktober-Programm

Matthias-Kino. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm

Wirtelwind. Täglich 8 Uhr: Das große Variété-Programm